

## **Projekt "Gesundheit und Pflege 2020" - Pflege im Nachteil**

### **Minister Schweitzer setzt bei der Versorgung auf Ärzte und VERAHs. Die Pflege hat erneut das Nachsehen.**

Mit dem landesweiten Projekt "Gesundheit und Pflege 2020" hat Gesundheitsminister Alexander Schweitzer gemeinsam mit Vertretern aus Ärzteschaft und Krankenhäusern die landespolitische Ausrichtung zur Sicherstellung der medizinischen und pflegerischen Versorgung in Rheinland-Pfalz vorgestellt. In die seit mehr als zwei Jahren andauernde Vorbereitung des Projekts waren Ärzte und Krankenhäuser aktiv eingebunden, nicht jedoch die Pflege. Erneut wurde in der Pflegepolitik somit über die Pflege entschieden, statt mit ihr gemeinsam zu gestalten.

So haben erste Schritte des "Projekts 2020" auch nur für Ärzte eine finanzielle Verbesserung zur Folge. Noch im Jahr 2014 spendiert das Land danach 180 Ärzten die Weiterbildung ihrer medizinischen Fachangestellten zu sogenannten VERAHs (Versorgungsassistenz in der Hausarztpraxis). Diesen sollen ärztliche Leistungen, z.B. zur Versorgung chronisch kranker Patienten in der Häuslichkeit übertragen werden um sie im Rahmen von Hausarztverträgen abzurechnen.

Damit etabliert das Land eine Doppelstruktur zu Lasten der flächendeckend bestehenden ambulanten Pflegeeinrichtungen. Diesen wird der Einsatz von medizinischen Fachangestellten selbst für *einfache krankenpflegerische Tätigkeiten* mit dem Hinweis, dass diese nur unter ärztlicher Aufsicht tätig werden dürften, seit Jahren verweigert. In der Gestalt der VERAHs sind diese medizinischen Fachangestellten nunmehr indes berechtigt, für Ärzte eigenständig die Versorgung der Patienten in der Häuslichkeit zu übernehmen. Auch von der seit Jahren bestehenden Möglichkeit, Modellvorhaben nach § 63 Abs. 3 b, c SGB V zur Weiterentwicklung der Versorgung zu etablieren, wurde bis heute nicht Gebrauch gemacht.

Ambulante Pflegedienste und Sozialstationen haben fundierte Erfahrung mit kranken und multimorbiden Patienten in der Häuslichkeit. Zudem bieten sie eine 24 Stunden Rufbereitschaft. Statt die bestehenden, hochqualifizierten Strukturen aktiv zu fördern und mit besseren Ressourcen auszustatten, beschränken sich die Maßnahmen des "Projekts 2020" im Bereich der Pflege auf die übliche Hilfe zur Selbsthilfe. Mit Weiterbildungen sollen Pflegeeinrichtungen die Führungsqualitäten der Leitungskräfte schulen. Zudem können sie sich über ein Onlinetool Gewissheit über die Frage verschaffen, ob sie demografiefest organisiert sind oder nicht.

"Wir haben keinen Mangel an Erkenntnis über Probleme, die uns beschäftigen oder unmittelbar bevorstehen, sondern einen Mangel an effektiver und nachhaltiger Unterstützung seitens Politik und Kassen", so Sebastian Rutten, Geschäftsführer der PflegeGesellschaft. "Während bei Ärzten und Krankenhäusern finanzielle Förderungen in Millionenhöhe an der Tagesordnung sind, beschränkt sich die Förderung der Pflege auf wertschätzende Worte und einen Katalog interner Verbesserungsmaßnahmen, welcher der Pflege zur eigenständigen Umsetzung überreicht wird" so Rutten weiter.

Bereits im September 2012 hat die PflegeGesellschaft der damaligen Ministerin Dreyer in einem umfassenden Positionspapier Ideen und Anregungen zur Sicherstellung der pflegerischen Versorgung im Land übermittelt. Es ist bedauerlich, dass sich nicht ein einziger Aspekt davon in der Pflegepolitik des Landes wiederfindet.

Die PflegeGesellschaft befürwortet als konstruktiver Partner jede Initiative, die der nachhaltigen Verbesserung und Sicherung der pflegerischen Versorgung dient und steht als kompetenter Ansprechpartner jederzeit zur Verfügung. Pflegepolitik kann jedoch nur dann erfolgreich sein, wenn die Pflege bereits in der Entwicklung von Prozessen und Strategien beteiligt ist und nicht erst mit deren Ergebnissen konfrontiert wird.